

Am 22.11.2019 fand im Auswärtigen Amt in Berlin ein Forum zum Thema

Partner Kolumbien: Beitrag der Wirtschaft auf dem Weg zum Frieden

statt.

Nachfolgend einige wichtige dabei angesprochene Punkte:

- Außenminister Maas und Staatssekretär Barthle (BMZ) erklären die große Bereitschaft Deutschlands, den Friedensprozess in Kolumbien aktiv zu unterstützen. Auch wenn zurzeit der Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf Afrika liege, stelle der Friedensprozess in Kolumbien einen weiteren punktuellen Schwerpunkt dar.
- Der kolumbianische Außenminister Holmes Trujillo stellte klar, dass die von Präsident Duque geführte, seit August 2018 amtierende Regierung den Friedensprozess auf der Grundlage des mit der FARC geschlossenen Abkommens vorantreiben wolle, wobei es darum gehe, einige Punkte des Abkommens nachzuverhandeln.

Im einzelnen nannte Holmes drei Punkte.

- Drogendelikte dürften nicht länger als politisch motivierte Straftaten betrachtet werden,
- Die Vermögenswerte der FARC müssten noch genauer überprüft und bewertet werden,
- Durch die Übergangsjustiz verurteilte Mitglieder von Senat und Kammer sollen aus dem Parlament ausscheiden und durch Nachrücker aus ihrer Partei ersetzt werden.

Diese Äußerungen stellen einen Fortschritt dar gegenüber von Ankündigungen Duques im Wahlkampf, er werde das Abkommen „zerreißen“.

- Angesprochen wurden auch die stockenden Friedensverhandlungen mit der Guerrillabewegung ELN. Holmes forderte, ELN müsse alle Gefangenen freilassen, bevor man weiter verhandeln könne.
- Holmes Trujillo legte ein klares Bekenntnis zum Multilateralismus ab. Nur so könne man die großen Probleme lösen, besonders bei der Bekämpfung der Drogenwirtschaft.
- Holmes Trujillo lobte das traditionell große Engagement der deutschen Wirtschaft in Kolumbien.
- In einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der deutschen und kolumbianischen Wirtschaft, Kommunalpolitikern, Wissenschaftlern und NGOs wurden angesprochen:
 - Im Agrarsektor Kolumbiens sind bis zu 80% der Beschäftigten informell beschäftigt
 - Die landwirtschaftliche Nutzfläche könnte in Kolumbien um ca.70% vergrößert werden, ohne dass dafür Wälder abgeholzt werden müssten (Problem: Großgrundbesitz lässt große Flächen ungenutzt).
 - Zunehmend werden soziale und politische Aktivisten bedroht und es gab zahlreiche Morde. Der Vertreter der deutschen Wirtschaft erklärte, man werde nicht mehr mit kolumbianischen Partnerfirmen zusammenarbeiten, die die Bevölkerung bedrohen und drangsalieren. Er sagte, die Wirtschaft habe den Konflikt zu lange ignoriert, solange sie davon nicht direkt betroffen war. Investitionen seien nur dort sinnvoll, wo eine intakte Zivilgesellschaft existiere. Auch müsse dem Arbeitsschutz der Beschäftigten mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.
 - Die Entschädigung von anerkannten Opfern verläuft schleppend.